Justyna Kłys
Wyższa Szkoła Ekologii i Zarządzania w Warszawie

Deutschland und die Erweiterung der Europäischen Union um die Staaten der Visegrád-Gruppe

Mit dem Beitritt der Staaten der Visegrád-Gruppe (Polen, Tschechische Republik, Slowakei und Ungarn) zur Europäischen Union (EU) am 1.05.2004 war der schwierige und komplizierte Prozess der Integration abgeschlossen, der von vielen Politikern, sowohl aus Mittel-und Osteuropa als auch aus Westeuropa, als „Rückkehr nach Europa" angesehen wurde. Damit war eines der wichtigsten Ziele erreicht, das in der am 15.02.1991 in Visegrád unterzeichneten *Erklärung über die Zusammenarbeit der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik, der Republik Polen und der Republik Ungarn in der Bestrebung zur europäischen Integration* definiert wurde.

Ziel des Aufsatzes ist die Präsentation der Einstellung der deutschen politischen Eliten, der Gesellschaft und der einflussreichen Printmedien zu den Bemühungen der Staaten der Visegrád-Gruppe um die Mitgliedschaft in der Europäischen Union. Die zeitlichen Rahmen des Aufsatzes werden durch Jahre 1998 und 2004 gesetzt, also vom Beginn der Beitrittsverhandlungen an bis zu dem Moment, in dem der Beitrittsvertrag in Kraft getreten ist. Diese Jahre waren auch die Zeit vieler Ereignisse in Deutschland und in ganz Europa, die auch den Integrationsprozess Polens, Tschechiens, der Slowakei und Ungarns mit der EU beeinflusst haben. Die Analyse wurde auf der Basis ausgewählter Probleme durchgeführt, die in gegenseitigen bi- und multilateralen Beziehungen auftraten.

Die Einigung des Kontinents war seit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland eine Priorität ihrer Außenpolitik und wurde als ein Werkzeug angesehen, um ein Vertrauen und eine Zusammenarbeit innerhalb Europas aufzubauen, die eine friedliche und für die Partner akzeptabele Wiederherstellung der deutschen Einheit erlauben würden. Nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten war das Interesse der deutschen Politiker an der europäischen Integration genauso groß. Sie spielten, mit demselben Engagement, in den nächsten Phasen der Zusammenarbeit ebenfalls eine aktive Rolle und schlugen neue

Formen der Zusammenarbeit vor[1]. Die deutschen Politiker leisteten einen wesentlichen Beitrag zur Reform der EU, ihrer Strukturen und Politik und zum Aufbau der gemeinsamen Außen-und Sicherheitspolitik. Zweifellos wäre die Erweiterung der EU ohne das Wohlwollen der Bundesrepublik Deutschland, einem der wichtigsten Partner Polens, Tschechiens, der Slowakei und Ungarns, nicht möglich gewesen, ohne ihre Aktivitäten in der internationalen Ebene und ihre Unterstützung der von den Beitrittskandidaten geäußerten Erwartungen.

Die radikale Umgestaltung der politischen und sozio-ökonomischen Entwicklungen, die im Jahre 1989 in Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn begonnen haben, hatte auch erhebliche Auswirkungen auf die Prioritäten ihrer Außenpolitik. Die neuen, demokratischen Regierungen erkannten, als eines der strategischen Ziele ihrer Tätigkeit, die Integration in die europäischen Strukturen und den Wiederaufbau und die Weiterentwicklung der Beziehungen zu den Ländern Westeuropas an. Aber die Entschlossenheit der zentral- und osteuropäischen Länder hätte ohne eine positive Einstellung der Mitglieder der Europäischen Gemeinschaft diesen Plänen gegenüber nicht ausgereicht. Ein Interesse an der Unterstützung der Kandidaten erklärten schnell sowohl die Vertreter der Bundesregierung und der Bundespräsident als auch die Vertreter fast aller politischen Parteien, die immer wieder auf den besonderen Platz Polens, der Tschechoslowakei und Ungarns im europäischen Integrationsprozess verwiesen[2]. Ihre Erklärungen begründeten sie mit der einzigartigen moralischen und historischen Verantwortung der Bundesrepublik Deutschland für die Entwicklung der Beziehungen zu der Region, mit der Notwendigkeit der Stabilität Osteuropas und mit den politisch-wirtschaftlichen Vorteilen für den gesamten Kontinent. Ausdruck des Engagements Deutschlands in seiner Rolle als Wahrer der Interessen der zentral- und osteuropäischen Staaten war die Intensivierung der Zusammenarbeit auf vielen Ebenen: der politischen, wirtschaftlichen, militärischen und der kulturellen[3].

Eine wichtige Rolle spielte in der Annäherung der Visegrád-Gruppe an die Europäische Union der damalige Bundeskanzler Helmut Kohl, der bereits im 1994 argumentierte:

> Es liegt im deutschen wie im wohlverstandenen europäischen Interesse, dass wir bei der Erweiterung der Europäischen Union immer auch unsere östlichen Nachbarn – ich meine hier besonders Polen – im Auge haben. Die Westgrenze Polens darf nicht auf Dauer die Ostgrenze der Europäischen Union sein. […] Wir müssen alles tun, dass dieses Europa

[1] Vgl.: J.-K. Seewald, *Multilaterale Strukturen und Staatenpolitik. Die deutsch-französische Kooperation in der „Neuen Europäischen Sicherheitsstruktur*", Baden-Baden 1997, S. 61–62. D. Bingen, *Niemcy i Polska – sąsiedzi i partnerzy w Europie*, [in:] M. Piotrowski (Hg.), *Polityka integracyjna Niemcy – Polska. Materiały sesji naukowej 30.10.–1.12.1995*, Lublin 1997, S. 170.

[2] Vgl.: Erklärung von Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl abgegeben vor dem Deutschen Bundestag am 27. Juni 1997, „Bulletin des Presse- und Informationsdienst der Bundesregierung", Nr. 55, 1997. Interview des Bundesministers des Auswärtigen, Klaus Winkel, mit der Kölnischen/Bonner Rundschau vom 18.07.1997, „Internationale Politik", Nr. 10/1997, S. 115–116. Bundespräsident Roman Herzog auf der Internationalen Wirtschaftskonferenz aus Anlass des 50. Jahrestages des Marshall- Plans, veranstaltet von den Vorständen von Citicorp/Citibank und dem German Marshall Fund of the United States, am 27.06.1997 in Berlin, „Bulletin des Presse- und Informationsdienst der Bundesregierung", Nr. 59, 1997.

[3] Vgl.: Erklärung von Bundesminister des Auswärtigen, Dr Klaus Kinkel in Brüssel, 30.03.1998, „Bulletin des Presse- und Informationsdienst der Bundesregierung", Nr. 23, 1998.

> nicht das Europa des Westens ist und bleibt, sondern dass Mittel- und Osteuropa dazugehören. […] Eine Stadt wie Krakau liegt eben nicht in Ost-, sondern in Mitteleuropa.[4]

Die freundliche Haltung der christlich-demokratischen Regierung motivierte die mittel-und osteuropäischen Staaten zu weiteren Transformationsanstrengungen und zur Beschleunigung ihrer Tätigkeiten, um sie für die spätere, eventuelle Mitgliedschaft in der EU vorzubereiten. Doch im Oktober 1998, nach den Wahlen, übernahm Gerhard Schröder das Amt des Bundeskanzlers, der eine Änderung der deutschen Politik zur EU-Erweiterung angekündigte. Die „Romantik" und „Vision" der Regierung Kohl sollten, laut den Erklärungen der Koalition aus SPD und Bündnis 90/Die Grünen, durch „Pragmatismus" und „Realpolitik" ersetzt werden. Dadurch wurde die effiziente und schnelle Realisierung der Ambitionen der Staaten der Visegrád-Gruppe in Frage gestellt.

Die große „Selbstbewusstsein" der Bundesrepublik Deutschland, die selbstbewusst ihre Bedeutung für den Integrationsprozess im Rahmen der Europäischen Union hervorhob, hat jedoch nicht zu einer Verringerung der Unterstützung und des Engagements für einen effizienten Beitritt der Visegrád-Gruppe in die EU geführt. Vertreter der Bundesregierung und Repräsentanten aller großen deutschen politischen Parteien sprachen weiterhin von der Notwendigkeit der EU-Erweiterung und bemühten sich um die Akzeptanz dieses Prozesses durch die anderen europäischen Partner[5].

Eine der wichtigsten Voraussetzungen für die wohlwollende Einstellung der deutschen politischen Eliten waren die ökonomischen Gründe und die zu erwartenden wirtschaftlichen Vorteile für die Bundesrepublik Deutschland. Die hohe Attraktivität Zentral- und Osteuropas in Anbetracht des wirtschaftlichen Potenzials eines Konsumentenmarktes von über 60 Millionen und guter Rahmenbedingungen für ausländische Investitionen wurde immer wieder betont. Nicht ohne Bedeutung waren auch deutsche Erwartungen an bessere Möglichkeiten der Kooperation mit Osteuropa, dank ihrer guten Kenntnis der wirtschaftlichen Gegebenheiten der Region und die Vermittlung Polens, der Slowakei und Ungarns. Aus der Sicht deutscher Politiker würde die geographische Erweiterung der Europäischen Union zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit des Kontinents beitragen

---

[4] „Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung", Nr. 61, 1994, S. 574, [für:] B. Koszel, *Niemcy w roli adwokata interesów Europy Środkowej w Unii Europejskiej*, „Przegląd Politologiczny", Nr. 1–2, 1998, S. 41.

[5] Vgl.: „Archiv der Gegenwart" (AdG), Nr. 11, 1998, S. 43165–43166; Regierungserklärung des Kanzlers Gerhard Schröder, 10.11.1998, [in:] „Archiv der Gegenwart" (AdG), Nr. 11, 1998, S. 43171–43186; A. Hudalla, A. Pradetto, *Desintegration durch Integration? Dilemmata der Osterweiterung der Europäischen Union und die Europapolitik der Regierung Schröder*, „Studien zur Internationalen Politik", Heft 2, 1999; T. Ostheim, *Praxis und Rhetorik deutscher Europapolitik*, [in:] *Das rot-grüne Projekt. Eine Bilanz der Regierung Schröder 1998–2002*, C. Egle, T. Ostheim, R. Zohlnhöfer (Hrsg.), Wiesbaden 2003; B. Koszel, *Francja i Niemcy w procesie integracji Polski ze Wspólnotami Europejskimi/Unią Europejską (1989–2002)*, Poznań 2003; R. Łoś, *Rząd Gerharda Schrödera wobec postkomunistycznych państw Europy Środkowo-Wschodniej*, Łódź 2004; Regierungserklärung von Bundeskanzler Gerhard Schröder zur Erweiterung der Europäischen Union vor dem Deutschen Bundestag am 30.04.2004, „Bulletin des Presse- und Informationsdienst der Bundesregierung", Nr. 41, 2004.

und den Wettbewerb mit den „asiatischen Tigerstaaten“ und den USA auf dem internationalen Markt erleichtern[6].

Eine wichtige Rolle in der positiven Argumentation für die EU-Erweiterung spielten auch politische Aspekte. Der Beitritt der Staaten der Visegrád-Gruppe sollte die Marginalisierung des zentral-östlichen Teils Europas beenden, die Region stabilisieren und ein erneutes Erstarken des Nationalismus verhindern – durch die Stärkung der demokratischen politischen Transformationen. Die Politiker der Bundesrepublik Deutschland vermuteten auch, dass die neuen Mitgliedsstaaten als Zeichen der Dankbarkeit in einer erweiterten Union deutsche Vorschläge unterstützen würden, so dass sie zusammen eine Art Gegengewicht gegen die übrige EU, insbesondere Frankreich, Italien und Spanien bilden könnten[7]. Man hoffte auch, dass Polen, die Tschechische Republik, die Slowakei und Ungarn die Bemühungen von Deutschland um die ständige Mitgliedschaft im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen unterstützen würden. Nach Meinung der politischen Eliten in Deutschland hatte die geopolitische Lage der Kandidaten außerdem strategische Bedeutung. Die mit der Aufnahme neuer Mitglieder verbundene Grenzverschiebung der EU nach Osten sollte auch zur Ausweitung der Zone der Sicherheit, Stabilität und des Wohlstands auf dem Rest des Kontinents beitragen und somit effektiv die direkte Bedrohung für Deutschland reduzieren. Darüber hinaus sollte die „neue“, erweiterte Union nach Möglichkeit die Rolle des „*Global Players*“ in den internationalen Beziehungen spielen[8].

Während der Regierungszeit Gerhard Schröders wies man auch auf die historischen und moralischen Gründe des Integrationsprozesses hin, allerdings nicht so oft wie zu Beginn der neunziger Jahre. Es wurde über die Verantwortung Deutschlands für die während des Zweiten Weltkrieges begangenen Verbrechen und das UNr.echt erinnert und die Notwendigkeit der Dankbarkeit für die gezeigte Gunst während der Wiedervereinigung Deutschlands unterstrichen. Die positive Einstellung und Aktivität der deutschen politischen Eliten bedeuteten aber nicht die absolute und unkritische Akzeptanz der Verhandlungsforderungen der Kandidatenländer. Mutiger und mit mehr Entschlossenheit als bisher forderten die Vertreter der Bundesrepublik Deutschland den Schutz der deutschen Interessen[9].

Eine der schwierigsten Fragen in den Beitrittsverhandlungen war die Öffnung des Arbeitsmarktes der Mitgliedsstaaten für die Bürger der Beitrittsländer. Deutschland und Österreich befürchteten eine übermäßige Erwerbsimmigration von Arbeitnehmern mit geringen finanziellen Anforderungen aus den mitteleuropäischen Ländern, insbesondere

---

[6] Vgl.: F. Bohl, *Ziele der deutschen Präsidentschaft in der Europäischen Union*, „Integration”, Nr. 3, 1993; Rede von Bundesminister Fischer vor dem Europäischen Parlament in Straßburg, 12.01.1999, „Bulletin des Presse- und Informationsdienst der Bundesregierung”, Nr. 2, 1999; H. Meyer, *Deutsche Europapolitik unter Helmut Kohl – die Auswirkungen des politischen Umfeldes auf die Integrationsbereitschaft der Bundesregierung*, Berlin 2004; *Priorytety Prezydencji Niemieckiej (1.01–30.06.1999 r.)*, [in:] *Spotkania Rady Europejskiej 1993–2002, t. 1*, „Monitor Integracji Europejskiej”, Nr. 53, 2002.

[7] Vgl.: S. Sulowski, *Polityka europejska Republiki Federalnej Niemiec*, Warszawa 2004; F. Schimmelfennig, *Die Osterweiterung der Europäischen Union: Politiken, Prozesse, Ergebnisse*, „Zeitschrift für Staats- und Europawissenschaften. Der öffentliche Sektor im internationalen Vergleich”, Nr. 3/2004.

[8] Vgl.: Rede des deutschen Außenministers Joschka Fischer zum Scheitern der Regierungskonferenz vom 12./13.12.2003 vor dem Deutschen Bundestag am 19.12.2003 in Berlin, „Internationale Politik”, Nr. 4/2004; *Aby Polska w Unii silna była*, „Gazeta Wyborcza”, 29.01.2004.

[9] Vgl.: „Archiv der Gegenwart” (AdG), Nr. 12, 1998, S. 43250.

aus Polen, Tschechien und der Slowakei. Deswegen kam von den beiden Ländern die Forderung nach einer zehnjährigen Übergangsfrist, der den Zugang zum Arbeitsmarkt der EU-Staaten beschränken sollte[10].

Die Forderung wurde vor allem mit der steigenden Arbeitslosigkeit begründet, besonders in den Bundesländern, die direkt an die Kandidaten grenzen, also Bayern, Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen. Es wurde befürchtet, dass sowohl die signifikanten Unterschiede in der Lohnhöhe in den Beitrittsländern und Deutschland als auch die hohe Attraktivität des deutschen Sozialsystems die Immigration von Arbeitskräften auslösen werde. Somit könne es zu einer Verringerung der Löhne und zum Verlust von Arbeitsplätzen von Deutschen an die Konkurrenz der Bürger der neuen Mitgliedsstaaten kommen. Es wurde auch auf die Möglichkeit der Überlastung des Sozialsystems hingewiesen und somit auf die finanziellen Folgen für das deutsche Budget, das bereits durch interne, aus der Wiedervereinigung resultierende und durch europäische Verpflichtungen übermäßig belastet war. Es wurde betont, dass der deutsche Arbeitsmarkt nur mit Mühe mit der hohen Arbeitslosigkeit in den östlichen Bundesländern und den ankommenden Ausländern von außerhalb Europas zurechtkäme. Eine zehnjährige Übergangsfrist für die Freizügigkeit von Arbeitnehmern würde es den Deutschen dagegen erlauben, den Migrationsschock zu vermeiden und in der Zwischenzeit Maßnahmen zur Verbesserung der Beschäftigungspolitik zu ergreifen. Die langfristige Senkung der Arbeitsmigration würde auch, so deutsche Politiker, zu einer Angleichung des Niveaus der Gehälter in den aktuellen und zukünftigen EU-Ländern führen[11]. Diese Einstellung provozierte leidenschaftliche Diskussionen und Widerspruch in Polen und der Tschechischen Republik. Der damalige tschechische Premierminister Václav Klaus erklärte beispielsweise, dass diese deutschen Forderungen gleichbedeutend mit der Gewährung einer Mitgliedschaft zweiter oder sogar dritter Klasse für die mitteleuropäischen Ländern seien[12].

Als Ergebnis von vielmonatigen erbitterten Verhandlungsgesprächen wurde schließlich beschlossen, eine siebenjährige Übergangsfrist nach der Formel 2+3+2, die den deutschen Erwartungen entsprach, zu implementieren. Dies bedeutete, dass am Ende des zweiten Jahres der Mitgliedschaft das interessierte Mitglied die Europäische Kommission über die weitere Notwendigkeit der Beschränkungen des Zugangs zum Arbeitsmarkt für die nächsten drei Jahre informieren kann. Falls eine Destabilisierung des Marktes zu diesem Zeitpunkt immer noch auftritt, kann der Mitgliedstaat eine Verlängerung der Übergangsfrist um zwei Jahre beantragen.

Unter den Staaten der Visegrád-Gruppe akzeptierte Ungarn als erstes die Übergangsfrist, gleichzeitig aber sprach man sich für eine ähnliche gegenseitige Beschränkung des Zugangs zum ungarischen Arbeitsmarkt für Arbeitnehmer aus EU-Mitgliedsstaaten aus. Darüber hinaus erklärte der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán die deutschen

---

[10] D. Möller, *Migration und ihre Arbeitsmarkteffekte in Deutschland. Analyse für Wanderungen aus Polen nach der EU-Osterweiterung*, Berlin 2002, S. 231–232.

[11] C. Herma, *Koszty i korzyści rozszerzenia UE – wybrane analizy niemieckich instytutów naukowych*, „Biuletyn Analiz UKIE", Nr. 3, kwiecień 2000, S. 73–75.

[12] A.S. Krossa, *Kollektive Identitäten in Ostmitteleuropa: Polen, Tschechien und Ungarn und die Integration der Europäischen Union*, Berlin 2005, S. 183.

Befürchtungen für unbegründet und verwies auf das ungenutzte Paket an Arbeitsgenehmigungen für Ungarn, die in Deutschland auf Grund eines Werkvertrags Arbeit bekommen könnten[13]. Auch die Slowakei hatte keine Einwände gegen die vorgeschlagene Lösung für das Problem, obwohl ihre Einstellung eher aus der Notwendigkeit resultierte, das in den bisherigen Verhandlungen Versäumte rasch nachzuholen.

Ein ebenso schwieriger Bereich der Beitrittsverhandlungen war die Landwirtschaft. Die Furcht deutscher Politiker und der Gesellschaft konzentrierte sich auf die Konsequenzen der raschen Liberalisierung des Handels mit landwirtschaftlichen Gütern, der technologischen Verzögerungen und auf die unterentwickelte Pflanzenschutz-Kontrolle in den Ländern der Visegrád-Gruppe. Die größte Sorge war die Situation in der polnischen Landwirtschaft, die durch die Medien als rückständig und investitionsbedürftig dargestellt wurde. Außerdem verwies man auf die geringeren Arbeitskosten und Produktionsmittel und damit auf die preisbedingte größere Wettbewerbsfähigkeit der polnischen Produkte, die eine Bedrohung für einige landwirtschaftliche Sektoren der Mitgliedsstaaten darstellen könnten, z.B. bei Milchprodukten oder der Fleisch-Verarbeitung. Darüber hinaus haben die Experten auf die übermäßige Beschäftigungszahl in diesem Sektor hingewiesen, die mehr als 20% erreichte, auf eine große Zahl von kleinen Bauernhöfen, auf das niedrige Bildungsniveau der Landwirte und eine schlecht entwickelte Struktur der Verbindungen der landwirtschaftlichen Produzenten mit der Industrie[14]. Kritisch wurden auch die Erwartungen der Beitrittsländer an die gemeinsame Agrarpolitik der EU und die damit verbundenen Direktzahlungen an die Landwirte beurteilt.

Der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán empfand den Vorschlag der Europäischen Union, in dem keine Subventionen für die Landwirte in den Beitrittsländern vorgesehen waren und der von Deutschland unterstützt wurde, weil Deutschland die Ausgaben für die gemeinsame Agrarpolitik reduzieren wollte, daher als direkt gegen Ungarn gerichtet[15]. Auch Jacek Saryusz-Wolski, der damalige polnische Minister für europäische Angelegenheiten, äußerte seine Unzufriedenheit mit der Einstellung der EU zu Direktzahlungen und argumentierte:

> Uns würde nicht stören, wenn es kein Geld gäbe; uns stört, dass wir ungleich behandelt werden. Es wird in der neuen Europäischen Union eine ökonomische Apartheid geben: Bürger und Unternehmer in den neuen Ländern werden schlechter gestellt sein.[16]

Im Juni 2002 argumentierte Bundeskanzler Schröder in einem Zeitungsartikel in der *Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung*, dass die Einführung von Direktzahlungen an die neuen EU-Mitglieder zu teuer für Deutschland sei. „*Dem können wir nicht zustimmen, selbst wenn wir es wollten*" – war Schröder überzeugt und stellte fest, dass die Europäische Kommission gleichzeitig auf eine Steigerung der Ausgaben für Forschung, Verteidigung

[13] Vgl.: R. Sturm, H. Pehle (Hg.), *Die neue Europäische Union: die Osterweiterung und ihre Folgen*, Opladen 2006.

[14] M. Mazur-Rafał, *Proces negocjacji rolnych*, [in:] M. Cichocki (Hg.), *Polska – Unia Europejska w pół drogi. Wybrane problemy*, Warszawa 2002, S. 163.

[15] A.S. Krossa, *Kollektive Identitäten in Ostmitteleuropa…*, S. 197.

[16] J. Saryusz-Wolski, *Der Osten zahlt die Zeche*, „Die Welt", 28.11.2002.

und Entwicklungshilfe bestehe. Außerdem wies er darauf hin, dass die Grenze der finanziellen Belastungen für die Deutschen erreicht sei, obwohl dies für viele europäische Partner schwer zu glauben sei[17].

Überdies behinderten die Erwartungen der Kandidaten Schröders Bemühungen um eine Verringerung der deutschen Beiträge zum EU-Haushalt wesentlich. Die Besorgnis über eine Erhöhung der deutschen finanziellen Verpflichtungen infolge der Osterweiterung drückten auch die Vertreter der Parteien aus, deren Wählerschaft aus den östlichen Bundesländern stammte. Aus ihrer Sicht würde es die Verringerung der Verfügbarkeit von Mitteln für die Entwicklung der Länder der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik bedeuten, die noch Unterstützung zur Fortsetzung des Strukturwandels brauchten.

Die Diskussion über die Direktzahlungen wurde im Herbst 2002 wieder aufgenommen, nach den Wahlen in Deutschland, in deren Folge Schröder im Kanzleramt blieb. Im Oktober traf er zweimal mit dem französischen Präsidenten Jacques Chirac zusammen, was zu einem Kompromiss über die notwendigen Veränderungen in der gemeinsamen Agrarpolitik führte. Schließlich wurde, unter anderem dank dieser Bemühungen und der Zustimmung des Kanzlers, ein Teil der Finanzmittel von den Strukturfonds in die Entwicklung des ländlichen Raums verschoben und die Höhe der Subventionen für die polnischen Landwirte wurde auf ein Niveau angehoben, das akzeptabel für die polnischen Verhandlungspartner war. Dies alles geschah noch im letzten Moment, fast direkt vor dem Abschluss des Verhandlungsprozesses, der auf dem Kopenhagener Gipfel am 12.–13.12.2002 stattfinden sollte[18].

Ein relativ sensibler Bereich waren auch die Verhandlungen über die Regelungen für den freien Kapitalverkehr und die damit verbundenen Vorschriften bezüglich des Erwerbs von Immobilien durch Ausländer. Der Streit zwischen den Ländern der Visegrád-Gruppe und der EU, insbesondere der Bundesrepublik Deutschland, konzentrierte sich auf die Frage des Erwerbs der sogenannten „Zweitwohnungen", also von Sommerresidenzen und land- und forstwirtschaftlichen Grundstücken. In der polnischen Gesellschaft gab es, durch Politiker und Presse sensibilisiert, die Befürchtung eines massiven „Rückkaufs" der polnischen Gebiete durch Deutsche, die nun in die ehemals deutschen, nun polnischen „wiedergewonnenen Gebiete" zurückkehren würden. Ähnliche historische Argumente bei der Artikulation vergleichbarer Befürchtungen wurden von tschechischer Seite vorgebracht. Wichtig für die polnische Seite waren auch ökonomische Gründe, die mit der Angst vor einem starken Anstieg der Immobilienpreise nach dem Beitritt Polens zur EU in Verbindung standen. Dadurch würde die Verfügbarkeit von Immobilien für die polnischen Bürger beschränkt werden. Laut den polnischen Verhandlungspartnern könnte auch Immobilienspekulation zu einer Bedrohung werden[19].

Jan Granat, der polnische Generalkonsul in Deutschland, hat argumentiert, dass nicht nur wichtig sei, dass die polnischen Bodenpreise die niedrigsten in Europa seien, sondern

[17] G. Schröder, *Die Erweiterung muss bezahlbar sein*, „Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung", 16.06.2002.

[18] Rada Ministrów, *Raport na temat rezultatów negocjacji o członkostwo Rzeczypospolitej Polskiej w Unii Europejskiej*, Warszawa 2002, S. 17.

[19] Ebd., S. 12.

auch die historischen Aspekte und Erfahrung der polnischen Nation, für die das Land im 18. und 19. Jahrhunderten ein Symbol der nationalen Existenz gewesen sei[20]. Auch deshalb forderte die polnische Verhandlungspartei die Einführung einer achtzehnjährigen Übergangsfrist, was auf Ablehnung der EU einschließlich Deutschlands stieß, vor allem wegen der Länge der Frist und nicht aufgrund ihrer Stichhaltigkeit. In der Slowakei und Ungarn ging man an den Erwerb von Immobilien durch Ausländer weniger emotional heran, eher betonte man die wirtschaftlichen Fragen[21]. Schließlich einigte man sich im Rahmen der Verhandlungen auf die Einführung einer fünfjährigen Übergangsfrist für Polen, Tschechien und Ungarn, die den Erwerb sogenannter „Zweitwohnungen" betraf. In Bezug auf den Erwerb von land- und forstwirtschaftlichen Grundstücken vereinbarten die Tschechische Republik, Ungarn und die Slowakei eine siebenjährige Übergangsfrist, und Polen eine zwölfjährige[22].

Die Spannungen, die die Verhandlungen über den Erwerb von Immobilien durch Ausländer begleitet hatten, wurden durch die auf der deutschen politischen Bühne ablaufende Debatte angeheizt. Die Diskussion betraf die sogenannten „Bierut-"[23] und „Beneš-Dekrete"[24]. Die Forderung nach einer Annullierung der Dekrete in Polen und der Tschechischen Republik wurde vor allem durch Erika Steinbach erhoben, einem Mitglied des Bundestages der CDU und Präsidentin des „Bundes der Vertriebenen in Deutschland", sowie durch Edmund Stoiber, Vorsitzender der CSU und langjähriger Ministerpräsident von Bayern. Im Laufe der Zeit schloss sich dem Duo Steinbach/Stoiber auch Rudi Pawelka an, der Vorsitzende der „Preußischen Treuhand", der die Rückgabe von Eigentum der Aussiedler aus den polnischen und tschechischen Gebieten forderte.

---

[20] A.S. Krossa, *Kollektive Identitäten in Ostmitteleuropa…*, S. 159.

[21] J. Foks, *Nabywanie nieruchomości przez cudzoziemców: Polska – Unia Europejska*, „Biuletyn Polskiego Instytutu Spraw Międzynarodowych", Nr. 20, 2001, S. 217.

[22] Rada Ministrów, *Raport na temat rezultatów negocjacji o członkostwo…*, S. 13.

[23] „*Bierut-Dekrete*" ist eine von Vertretern der deutschen Vertriebenenverbände geprägte Bezeichnung für die polnischen Dekrete, Verordnungen und Gesetze, die in Jahren 1945–1946 von der polnischen Regierung erlassen wurden (u.a. das Gesetz vom 6. Mai 1945 über das verlassene und aufgegebene Vermögen, das Dekret vom 8. März 1946 über das verlassene und ehemals deutsche Vermögen, das Dekret vom 13. September 1946 über den Ausschluss von Personen deutscher Nationalität aus der polnischen Volksgemeinschaft), die die Grundlage für die Enteignung und Vertreibung der Bürger deutscher Herkunft bildeten. Die Deportation aus Polen, gem. Artikel 13 des Potsdamer Abkommens, betraf Deutsche oder Personen, deren polnische Identität nicht durch eigens für diesen Zweck eingerichtete Ausschüsse bestätigt wurde. Der Begriff kursierte lange Zeit nur in der Vertriebenenpresse, die Bezeichnung wurde später auch von Tageszeitungen übernommen (Vgl.: B. Jäger-Dabek, *Polen: eine Nachbarschaftskunde für Deutsche*, Berlin 2006, S. 118).

[24] Die sogenannten „*Beneš-Dekrete*" sind ausgewählte Gesetze der tschechischen bzw. tschechoslowakischen Rechtsordnung, die durch den zweiten tschechoslowakischen Präsidenten, Edvard Beneš, in den Jahren 1945 und 1946 verabschiedet und später durch das Tschechoslowakische Parlament gebilligt wurden, aus denen das Folgende resultierte: a) Der Verlust der Staatsbürgerschaft tschechoslowakischer Bürger deutscher und ungarischer Volksangehörigkeit, welche ihren aktive Tätigkeit als Anti-Hitler-Aktivisten nicht nachweisen konnten, b) die Verstaatlichung des Guthabens der tschechischen Bürger deutscher und ungarischer Volksangehörigkeit, welche ihren aktiven Anteil am Wiederstand gegen Hitlers Regime nicht nachweisen konnten und c) ermäßigte Strafen für Gewalttaten gegen Deutsche und Ungarn seitens der übrigen tschechoslowakischen Bevölkerung während der Zeit der sog. wilden Vertreibung (Amnestiegesetz) (Vgl.: I. Maryška, *Tschechien: der Weg in die EU 1989–2004*, [in:] I. Maryška/G. Sander, *Die Europäische Union vor neuen Herausforderungen: Verfassung – Osterweiterung – Welthandel*, Frankfurt am Main 2005, S. 98).

Die Äußerungen und die Tätigkeiten von Erika Steinbach kritisierte ihr Parteifreund Karl-Heinz Hornhues, der damalige Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages, scharf. Er distanzierte sich von der Forderung Steinbachs, die polnische EU-Mitgliedschaft von der Lösung der Probleme der Vertriebenen abhängig zu machen. Er versicherte, dass die Bundesrepublik Deutschland nicht die Absicht habe, solche Hindernisse zu errichten. In ähnlicher Weise äußerte sich auch Rita Süssmuth, die damalige Präsidentin des Deutschen Bundestages, die betonte: „*Es ist jetzt nicht die Stunde, neue Mauern in den Köpfen aufzubauen.*“[25]

Das Problem der Wiedergutmachung für Sklaven- und Zwangsarbeit für das Dritte Reich war ein ebenso schwieriges Thema der bilateralen Beziehungen, vor allem wegen der Zurückhaltung deutscher Unternehmen, sich an der EiNr.ichtung spezieller Entschädigungsfonds zu beteiligen. Das Jahr 1998 war schließlich ein Durchbruch, weil vor US-Gerichten Klagen gegen deutsche Unternehmen, die während des Krieges KZ-Häftlinge zur Arbeit ausgenutzt hatten, vorgebracht wurden. Aus Angst vor Multimillionen-Dollar- Entschädigungen machten Unternehmen wie Volkswagen und BMW den Vorschlag, eine Stiftung zur Zahlung der entsprechenden Entschädigungen einzurichten. Nach zwei Jahren multilateraler Verhandlungen wurde im August 2000 die Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ gegründet. Der Stiftung standen Finanzmittel der deutschen Wirtschaft zur Verfügung, die zusätzlich durch öffentliche Finanzmittel ergänzt wurden. Die Stiftung begann schließlich mit der Zahlung von Leistungen für die Sklaven- und Zwangsarbeiter des Dritten Reiches aus Mittel-und Osteuropa[26].

Als Ergebnis der Verhandlungen ist es gelungen, auch die Personen, die zur Zwangsarbeit in der Landwirtschaft deportiert worden waren, in die Auszahlungen miteinzubeziehen, trotz des starken Widerspruchs des deutschen Chefunterhändler Otto Graf Lambsdorff. In einer seiner Reden argumentierte er, dass die polnischen in der Landwirtschaft beschäftigten Arbeiter „eine natürliche historische Erscheinung“ gewesen seien. Diese Äußerung wurde in Polen als Relativierung der Zwangsarbeit und Gleichstellung mit der freiwilligen Migration im neunzehnten Jahrhundert interpretiert und löste sofort heftige Empörung in Polen aus. Einige polnische konservative Politiker fanden die Aussage beleidigend, aber der Außenminister Bronislaw Geremek, der liberale Politiker der Unia Wolności, antwortete jedoch ruhig:

> Das ist ungefähr so, als würde man sagen, dass Deutsche schon immer in Polen gelebt haben, nur zwischen 1939 und 1945 waren es eben besonders viele. Solche Äußerungen kompromittieren ihre Autoren und sind für die polnische öffentliche Meinung inakzeptabel.[27]

Der Konflikt konnte schließlich beigelegt und die Verhandlungen über die Entschädigung für die Zwangsarbeiter beendet werden. Die Zahlungen begannen im Juni 2001.

---

[25] H. Lichtenstein, *Warnsignal aus Warschau*, „Blätter für deutsche und internationale Politik”, 8/1998, S. 909.

[26] Fundacja Polsko-Niemieckie Pojednanie, http://www.fpnp.pl/wyplaty/robotnicy.php.

[27] K. Bachmann, *Polens Uhren gehen anderS. Warschau vor der Osterweiterung der Europäischen Union*, Stuttgart 2001, S. 238.

Eine besondere Prüfung für die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Ländern der Visegrád-Gruppe war auch der Zeitraum 2003–2004, nach Abschluss der Beitrittsverhandlungen. Eines der größten Probleme war damals die Erklärung der Unterstützung der US-Intervention im Irak, die im Januar 2003 von der polnischen, tschechischen und ungarischen Regierung gewährt wurde. Die skeptische deutsche politische Elite stellte die Möglichkeit, mit den künftigen Mitgliedern über die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik zu einer Einigung zu kommen, in Frage. Bundeskanzler Schröder bewertete diesen Schritt zwar zurückhaltender als der Präsident Frankreichs, aber er verhehlte seine Enttäuschung über den Mangel an Kooperation und Konsultation in dieser Hinsicht nicht[28].

Es gab auch Meinungsverschiedenheiten in der zweiten Hälfte des Jahres 2003, als die Verhandlungen über einen Entwurf eines Vertrags über eine Verfassung für Europa geführt wurden[29]. Die fehlende Einigung über zentrale Themen sowie die konservative Haltung Polens und der Tschechischen Republik, trotz der Bemühungen der deutschen Diplomatie, brachten den Brüsseler Gipfel im Dezember 2003 zum Scheitern. Aber die konsequenten Bemühungen des deutschen Außenministers Joschka Fischer[30], der unermüdlich die Vorteile der Erstellung des Verfassungsvertrags aufzeigte, führten zu einem Konsens, und die fünfundzwanzig Mitgliedsstaaten unterzeichneten das Dokument im Oktober 2004.

Das Verhalten der politischen Eliten der Bundesrepublik Deutschland war, trotz der Unterschiede in Verhandlungspositionen und der begleitenden starken Emotionen, durch eine Tendenz zum Kompromiss und das gegenseitige Verständnis gekennzeichnet. Diese Einstellung hat den Abschluss der Beitrittsverhandlungen zur geplanten Zeit ermöglicht und erlaubte, die Beitrittsverhandlungen als einen gemeinsamen Erfolg zu betrachten. Somit sollte man den „Pragmatismus" und die „Realpolitik" der Regierung Schröder als Teil der Verhandlungstaktik betrachten, die dem Schutze der nationalen Interessen diente, aber nicht gegen den Kandidaten gerichtet waren. Die Richtigkeit dieser Aussage wird dadurch bestätigt, dass trotz häufiger Kritik an den Fortschritten der Beitrittsländer in den Vorbereitungen für die Integration die Regierung Schröder die Idee der EU-Osterweiterung nie in Frage gestellt hat.

Obwohl die Idee der EU-Erweiterung um die Länder der Visegrád-Gruppe von der deutschen politischen Elite allgemein akzeptiert wurde und an den diplomatischen Bemühungen trotz Kontroversen kein Zweifel bestand, präsentierte sich die Einstellung der deutschen Gesellschaft zur Osterweiterung grundlegend anders. Die Zurückhaltung und äußerst skeptische und misstrauische Haltung zu dem Konzept wurden mit Vorurteilen

[28] Vgl.: „Gazeta Wyborcza" 18.02.2003; B. Kerski, *Zwischen Desinteresse und Misstrauen. Zur Krise in den deutsch-polnischen Beziehungen*, „Internationale Politik", Nr. 4, 2004, S. 34.

[29] Vgl.: S. Parzymies, *Polsko-niemieckie kontrowersje wokół traktatu konstytucyjnego Unii Europejskiej*, [in:] E. Cziomer, M. Czajkowski (Hg.), *Międzynarodowe implikacje procesu integracji europejskiej dla Polski i Niemiec*, Kraków 2004.

[30] Vgl.: Rede des deutschen Außenministers Joschka Fischer zum Scheitern der Regierungskonferenz vom 12./13.12.2003 vor dem Deutschen Bundestag am 19.12.2003 in Berlin, „Internationale Politik", Nr. 4/2004, S. 116–118.

und Befürchtungen gerechtfertigt, die zu einem gewissen Grad aus der politischen und wirtschaftlichen Schwäche der Kandidaten resultierte.

Unter den Ländern der Visegrád-Gruppe genossen Ungarn und Tschechien die größte Unterstützung für die Mitgliedschaft in den EU-Strukturen, aber auch in diesem Fall sollte man ein Zögern beachten. Skeptischer wurden die polnischen und slowakischen Bestrebungen betrachtet. Die Bürger Deutschlands sahen die größten Bedrohungen in den Verlust von Arbeitsplätzen an Arbeitnehmer aus Polen, Tschechien, der Slowakei und Ungarn, in zunehmender Kriminalität und in einer zu großen Belastung für den deutschen Haushalt, der, ihrer Meinung nach, die Quelle der Finanzierung der Erweiterung werden würde. Es wurde auch erwartet, dass die Osterweiterung zur Verlangsamung der Vertiefung der Zusammenarbeit und zur Komplexität der Entscheidungsfindung in der EU beitragen würde, was das Funktionieren der erweiterten Europäischen Union erheblich behindern könnte und zu einer Stagnation in der Weiterentwicklung führen würde[31].

Es ist erwähnenswert, dass die von Deutschen geäußerten Vorteile der Erweiterung entweder ein abstraktes Symbol für den durchschnittlichen Bürger waren und den Frieden und die Sicherheit in der Welt betrafen, oder sekundärer oder gar tertiärer Art waren, da sie mit der zunehmenden kulturellen Vielfalt in der Union assoziiert wurden. Allerdings baute sich eine negative Einstellung auf durch die Themen der Sozial- und Wirtschaftspolitik, die einen direkten Einfluss auf das tägliche Leben hatten, obwohl es eine Ausnahme gab – das Wachstum der Handelsaustausch und die Erweiterung des Marktes. Aber anscheinend waren diese Argumente nicht in der Lage, die Meinungen der deutschen Gesellschaft wesentlich zu ändern und sich positiv auf die Bereitschaft der Deutschen auszuwirken, mehr Geld für die Einigung des Kontinents zu zahlen.

Es sollte auch die Tendenz angemerkt werden, dass das Niveau der gesellschaftlichen Akzeptanz für die Erweiterung der EU systematisch gesunken ist, je mehr sich die Frist der Osterweiterung näherte. Es fällt auf, dass sich eine höhere Akzeptanz für den Prozess der Erweiterung bei den Bewohnern des östlichen Deutschland für eine ziemlich lange Zeit gehalten hat, was ziemlich erstaunlich ist angesichts des erwarteten Abflusses von EU-Mitteln nach Polen und anderen Ländern Mittel- und Osteuropas und angesichts der höheren Arbeitsmigration in diese Gebiete. Wahrscheinlich war das anfängliche Wohlwollen das Ergebnis der unmittelbaren Umgebung und die damit verbundenen politischen und wirtschaftlichen Bedürfnisse ihrer Stabilisierung durch deren Integration in die Strukturen der EU. Allerdings verringerte sich diese positive Einstellung der Einwohner der östlichen Bundesländern zur Idee des Beitrittes der Visegrád-Gruppe in die EU deutlich und konsequent, je näher der Zeitpunkt des Beitrittes kam[32].

---

[31] J. Kłys, *Republika Federalna Niemiec wobec przystąpienia Polski do Unii Europejskiej w świetle wyników badań opinii publicznej*, [in:] J. Kmieciński, A. Stępień-Kuczyńska (Hg.), *Dialog Zachód-Wschód. Kultura – Polityka – Społeczeństwo*, Toruń 2007, S. 349–361.

[32] Vgl.: Eurobarometer. Die öffentliche Meinung in der Europäischen Union, Nr. 49–61, 1998–2004, European Commission, Brussels; Flash Eurobarometer 132/2, *Enlargement of the European Union*, November 2002, European Commission, Brussels 2002; E. Noelle-Neumann, R. Köcher (Hg.), *Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1998–2002*, München 2002; X. Dolińska, M. Fałkowski, *Polska–Niemcy. Wzajemny wizerunek*, [in:] L. Kolarska-Bobińska (Hg.), *Obraz Polski i Polaków w Europie*, Warszawa 2003; T. Petersen, *Die öffentliche Meinung*, „Jahrbuch der Europäischen Integration", 2003/2004.

Die Analyse von Artikeln, die in ausgewählten einflussreichen Organen der deutschen Presse erschienen („Frankfurter Allgemeine Zeitung“, „Süddeutsche Zeitung“, „Die tageszeitung“, „Der Tagesspiegel“, „Handelsblatt“, „Die Zeit“, „Der Spiegel“), führt zu dem Schluss, dass dies mit den vorherrschenden Berichten über Kosten und Risiken im Zusammenhang mit dem Beitritt Polens, der Tschechischen Republik, der Slowakei und Ungarns zur EU und mit dem Defizit an verlässlichen und umfassenden Informationen über die Chancen und Nutzen des Beitritts zusammenhing. Es ist schwer zu sagen, wie weit das negative Bild von den Ländern der Visegrád-Gruppe in den Medien die Haltung der Bürger in Deutschland beeinflusste, aber wenn man bedenkt, dass sie für die meisten von ihnen die wichtigste Quelle an Informationen sind, kann ihre Bedeutung kaum überschätzt werden[33].

Im Jahr 2003, waren vor allem Artikel über die Erwartungen und den Stand der Vorbereitungen zum Beitritt der Beitrittsländer Mittel- und Osteuropas, Kommentare zu aktuellen Ereignissen in der internationalen Arena und vor allem die über die Intervention im Irak in der Presse zu lesen. In den Artikeln wurde kritisch die Haltung der künftigen Mitgliedsstaaten dargestellt, und man war unsicher bezüglich der Möglichkeit der Schaffung einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik in der erweiterten Union. Man findet auch Berichte über die Vorbereitung und Durchführung der Beitrittsreferenden, und Ende 2003 und Anfang 2004 wurden Artikel veröffentlicht, die die Diskussion über den Vertrag über eine Verfassung für Europa eingeleitet haben.

Das erste Quartal des Jahres 2004, unmittelbar vor dem Zeitpunkt des Beitrittes der neuen Länder, war die Zeit der Zusammenfassungen und der allgemeinen Reflexionen über die Erweiterung der Europäischen Union. Es wurden sowohl die aktuelle wirtschaftlich-politische Situation und die sozialen Probleme der Visegrád-Gruppe als auch die Diskussion über ihre Rolle und Bedeutung in den EU-Strukturen dargestellt. Gleichzeitig beurteilten die Autoren der Artikel die Bereitschaft und Reife der Kandidaten am Vorabend des Beitritts. Es sollte auch darauf hingewiesen, dass die überwiegende Mehrheit der Artikel in den Medien Polen gewidmet waren und über Tschechien, die Slowakei und Ungarn in der Regel vor allem geschrieben wurde, um den Kontrast zwischen den Verhandlungspositionen und Unterschiede in der Herangehensweise aufzuzeigen[34].

Der Hauptgrund für die Konzentration der Journalisten auf Polen lag darin, dass das Land, sowohl in Bezug auf das Territorium als auch auf die Bevölkerung, der größte Beitrittskandidat war. Sicherlich war Polen auch der härteste Gegner in Verhandlungen, mit einer Reihe von wirtschaftlichen Problemen, hohen Erwartungen und einer festen Haltung oder, wie die deutsche Presse beurteilte, einer unflexiblen und sturen.

---

[33] Vgl.: M. Cichocki (Hg.), *Dlaczego Niemcy boją się rozszerzenia UE o Polskę i inne kraje Europy Środkowo-Wschodniej?*, „Raporty i Analizy Centrum Stosunków Międzynarodowych”, Nr. 8/00; B. Grabowska-Córdova, A. Popko, I. Skrobotówna, M. Warchala, *Wizerunek Polski w prasie krajów członkowskich Unii Europejskiej (raport kwartalny – kwiecień – czerwiec 2001)*, Warszawa 2001.

[34] Vgl.: B. Ociepka, *Polacy i Niemcy w obrazie mediów*, [in:] A. Wolff-Powęska, D. Bingen (Hg.), *Polacy – Niemcy. Sąsiedztwo z dystansu*, Poznań 2004; J. Marszałek-Kawa, D. Kawa, *Polska droga do Unii Europejskiej i jej odzwierciedlenie w prasie niemieckiej*, Toruń 2007.

Sehr wenig wurde über die Visegrád-Gruppe geschrieben, als einer Organisation der Länder Mittel- und Osteuropas. In den publizierten Erwähnungen dominierte Kritik an der Rolle Polens, das statt, wie erwartet, der Vertreter der Interessen der Visegrád-Gruppe zu sein, auf seiner unerbittlichen und kompromisslosen Position bestand; das mache es schwierig, einen gemeinsamen Standpunkt zu erreichen. In diesem Zusammenhang scheint es, dass die Journalisten nicht bemerkt haben, dass die Verhandlungen von ihrer Natur her bilateral waren und jedes Land Einzelverhandlungen geführt hat. Daher waren die Schaffung und die Aufrechterhaltung einer einzigen Position im Grunde uNr.ealistisch. Außerdem waren in der deutschen Presse die positiven Argumente für die Erweiterung der Europäischen Union oder das sich beschleunigende Tempo weit weniger zahlreich als die negativen, skeptischen. Oft waren die Artikel auch nur eine Reaktion auf diejenigen, die die negativen Folgen der Osterweiterung akzentuierten. Man konzentrierte sich viel lieber auf die kurzfristigen Kosten und Unannehmlichkeiten anstatt auf die mittel- und langfristigen Vorteile. Zudem war eine positive zustimmende Argumentation zum Beitritt Polens, der Tschechischen Republik, der Slowakei und Ungarns von Natur aus eher abstrakt und für den durchschnittlichen Bürger schwer zu verstehen.

Es besteht kein Zweifel, dass sich die deutschen Journalisten und Kolumnisten nicht durch die politischen Korrektheit im öffentlichen Diskurs eingrenzen ließen, zumindest nicht so wie die Politiker. Sie präsentierten klare und deutliche, manchmal an die Grenzen des guten Geschmacks gehende Meinungen. Die Veröffentlichung von verfälschten und oft nicht der Wahrheit entsprechenden, zu vagen und vereinfachten Informationen war auch eine Folge billiger Effekthascherei, angesichts der hohen Kommerzialisierung der Medien in den letzten zehn Jahren. Dies geschah auf Kosten der fairen und sachlichen Berichterstattung und des Ansehens der Zeitschrift, wie das Beispiel des „Spiegel" zeigt. Aus diesen Gründen war die Berichterstattung leicht anfällig für Stereotypen und Klischees, und die Visegrád-Länder, insbesondere Polen, erschienen eher als kulturell, wirtschaftlich und politisch von den bisherigen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union weit entfernt. Medienberichte warnten und schrieben über die Einstellung der Deutschen: „*Der Untergang des Abendlandes scheint ihnen nahe, wenn sie sich vorstellen, künftig mit dem Land der Schwarzen Madonna und der Autodiebe Währung und Arbeitsplätze teilen zu müssen.*"[35]

Dies könne die Angst und die Vorurteile in der deutschen Gesellschaft nur verschärfen, einer Gesellschaft, die schon mit Ängsten, Ignoranz und Arroganz angefüllt war.

Dies zeigt die Probleme der sozialen Legitimation des Prozesses. Natürlich kann man argumentieren, dass das Bild von der Stimmung der Deutschen temporär, instabil und politisch unbedeutend ist, aber es ist schwer, dem Eindruck zu widerstehen, dass der Beitritt der Visegrád-Gruppe „hinter dem Rücken" der Bürger gemacht wurde. Der 01.05.2004, der ein Tag des Feierns und der Freude sein sollte – denn der Sieg der Freiheit

[35] J. Hogrefe, J. Leinemann, *Ein latenter Verdacht*, „Der Spiegel", 6.09.1999, [zit nach:] H. Muench, *Demokracje w Europie Środkowej i Wschodniej nie są stabilne. Musimy się pośpieszyć. Publikacje o rozszerzeniu Unii Europejskiej na Wschód w prasie niemieckiej – wyjaśnienie negatywnego nastawienia Niemców?*, [in:] M. Cichocki (Hg.), *Dlaczego Niemcy boją rozszerzenia UE o Polskę i inne kraje Europy Środkowo-Wschodniej?*, „Raporty i Analizy Centrum Stosunków Międzynarodowych", Nr. 8/2000, S. 48.

und des Friedens wurde gefeiert sowie der Nachweis der endgültigen Überwindung der Teilung Europas erbracht –, war durch die Ängste der Gesellschaft vor den Folgen eines der wichtigsten Ereignisse in der Geschichte des Kontinents geprägt.

Es ist zu hoffen, dass die Erfahrung des zweifellos schwierigen und turbulenten Zeitraums der Jahre 1998–2004 zum Aufbau und zur gemeinsamen Entwicklung einer freundschaftlichen Nachbarschaftspolitik der Bundesrepublik Deutschland, Polens, der Tschechischen Republik, der Slowakei und Ungarns führt, die auf Verständnis im Rahmen der EU basiert. Dies ist besonders wichtig, weil, wie Lena Kolarska-Bobińska schrieb, die Integration kein einmaliges Ereignis ist, sondern ein langfristiger und komplexer Prozess, der auf gegenseitigem Vertrauen und Zusammenarbeit beruhen muss[36].

Bibliografie

Aby Polska w Unii silna była, „Gazeta Wyborcza", 29.01.2004.

„Archiv der Gegenwart" (AdG), Nr. 11–12, 1998.

Bachmann K., *Polens Uhren gehen anders. Warschau vor der Osterweiterung der Europäischen Union*, Stuttgart 2001.

Bohl F., *Ziele der deutschen Präsidentschaft in der Europäischen Union*, „Integration", Nr. 3, 1993.

„Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung", Nr. 61/1994, Nr. 55/1997, Nr. 59/1997, Nr. 23/1998, Nr. 2/1999, Nr. 41/2004.

Cichocki M. (Hg.), *Dlaczego Niemcy boją się rozszerzenia UE o Polskę i inne kraje Europy Środkowo-Wschodniej?*, „Raporty i Analizy Centrum Stosunków Międzynarodowych", Nr. 8/00.

Cichocki M. (Hg.), *Polska–Unia Europejska w pół drogi. Wybrane problemy*, Warszawa 2002.

Cziomer E., Czajkowski M. (Hg.), *Międzynarodowe implikacje procesu integracji europejskiej dla Polski i Niemiec*, Kraków 2004.

Egle C., Ostheim T., Zohlnhöfer R. (Hg.), *Das rot – grüne Projekt. Eine Bilanz der Regierung Schröder 1998–2002*, Wiesbaden 2003.

Eurobarometer. Die öffentliche Meinung in der Europäischen Union, Nr. 49–61, 1998–2004, European Commission, Brussels.

Flash Eurobarometer 132/2, *Enlargement of the European Union*, November 2002, European Commission, Brussels 2002.

Foks J., *Nabywanie nieruchomości przez cudzoziemców: Polska – Unia Europejska*, „Biuletyn Polskiego Instytutu Spraw Międzynarodowych", Nr. 20, 2001.

Fundacja Polsko-Niemieckie Pojednanie, http://www.fpnp.pl/wyplaty/robotnicy.php.

Grabowska-Córdova B., Popko A., Skrobotówna I., Warchala M., *Wizerunek Polski w prasie krajów członkowskich Unii Europejskiej (raport kwartalny – kwiecień – czerwiec 2001)*, Warszawa 2001.

[36] L. Kolarska-Bobińska, *Odmienność oswajana. Obraz Polski w krajach Unii Europejskiej*, [in:] L. Kolarska-Bobińska, *Obraz Polski i Polaków w Europie*, Warszawa 2003, S. 10.

Herma C., *Koszty i korzyści rozszerzenia UE – wybrane analizy niemieckich instytutów naukowych*, „Biuletyn Analiz UKIE", Nr. 3, kwiecień 2000.

Hogrefe J., Leinemann J., *Ein latenter Verdacht*, „Der Spiegel", 6.09.1999.

Hudalla A., Pradetto A., *Desintegration durch Integration? Dilemmata der Osterweiterung der Europäischen Union und die Europapolitik der Regierung Schröder*, „Studien zur Internationalen Politik", Heft 2, 1999.

Interview des Bundesministers des Auswärtigen, Klaus Winkel, mit der Kölnischen/Bonner Rundschau vom 18.07.1997, „Internationale Politik", Nr. 10/1997.

Jäger-Dabek B., *Polen: eine Nachbarschaftskunde für Deutsche*, Berlin 2006.

Kerski B., *Zwischen Desinteresse und Misstrauen. Zur Krise in den deutsch – polnischen Beziehungen*, „Internationale Politik", Nr. 4, 2004.

Kmieciński J., Stępień-Kuczyńska A. (Hg.), *Dialog Zachód-Wschód. Kultura – Polityka – Społeczeństwo*, Toruń 2007.

Kolarska-Bobińska L. (Hg.), *Obraz Polski i Polaków w Europie*, Warszawa 2003.

Koszel B., *Francja i Niemcy w procesie integracji Polski ze Wspólnotami Europejskimi/Unią Europejską (1989–2002)*, Poznań 2003.

Koszel B., *Niemcy w roli adwokata interesów Europy Środkowej w Unii Europejskiej*, „Przegląd Politologiczny", Nr. 1–2, 1998.

Krossa A.S., *Kollektive Identitäten in Ostmitteleuropa: Polen, Tschechien und Ungarn und die Integration der Europäischen Union*, Berlin 2005.

Lichtenstein H., *Warnsignal aus Warschau*, „Blätter für deutsche und internationale Politik", 8/1998.

Łoś R., *Rząd Gerharda Schrödera wobec postkomunistycznych państw Europy Środkowo-Wschodniej*, Łódź 2004.

Marszałek-Kawa J., Kawa D., *Polska droga do Unii Europejskiej i jej odzwierciedlenie w prasie niemieckiej*, Toruń 2007.

Maryška I., Sander G., *Die Europäische Union vor neuen Herausforderungen: Verfassung – Osterweiterung – Welthandel*, Frankfurt am Main 2005.

Meyer H., *Deutsche Europapolitik unter Helmut Kohl – die Auswirkungen des politischen Umfeldes auf die Integrationsbereitschaft der Bundesregierung*, Berlin 2004.

Möller D., *Migration und ihre Arbeitsmarkteffekte in Deutschland. Analyse für Wanderungen aus Polen nach der EU-Osterweiterung*, Berlin 2002.

Noelle-Neumann E., Köcher R. (Hg.), *Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1998–2002*, München 2002.

Petersen T., *Die öffentliche Meinung*, „Jahrbuch der Europäischen Integration", 2003/2004.

Piotrowski M., *Polityka integracyjna Niemcy – Polska. Materiały sesji naukowej 30.10–1.12.1995*, Lublin 1997.

Rada Ministrów, *Raport na temat rezultatów negocjacji o członkostwo Rzeczypospolitej Polskiej w Unii Europejskiej*, Warszawa 2002.

Rede des deutschen Außenministers Joschka Fischer zum Scheitern der Regierungskonferenz vom 12./13.12.2003 vor dem Deutschen Bundestag am 19.12.2003 in Berlin, „Internationale Politik", Nr. 4/2004.

Saryusz-Wolski J., *Der Osten zahlt die Zeche*, „Die Welt", 28.11.2002.

Schimmelfennig F., *Die Osterweiterung der Europäischen Union: Politiken, Prozesse, Ergebnisse*, „Zeitschrift für Staats- und Europawissenschaften. Der öffentliche Sektor im internationalen Vergleich", Nr. 3/2004.

Schröder G., *Die Erweiterung muss bezahlbar sein*, „Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung", 16.06.2002.

Seewald J.-K., *Multilaterale Strukturen und Staatenpolitik. Die deutsch-französische Kooperation in der „Neuen Europäischen Sicherheitsstruktur*", Baden-Baden 1997.

Spotkania Rady Europejskiej 1993–2002, t. 1, „Monitor Integracji Europejskiej", Nr. 53, 2002.

Sturm R., Pehle H. (Hg.), *Die neue Europäische Union: die Osterweiterung und ihre Folgen*, Opladen 2006.

Sulowski S., *Polityka europejska Republiki Federalnej Niemiec*, Warszawa 2004.

Wolff-Powęska A., Bingen D. (Hg.), *Polacy–Niemcy. Sąsiedztwo z dystansu*, Poznań 2004.